

Stand: 01. September 2009

Geschichte des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG)

In seiner über hundertjährigen Geschichte kann der SIG auf eine bewegte Zeit zurückblicken. Viele der Fragen und Probleme, die den SIG seit seiner Gründung beschäftigten, sind nach wie vor aktuell. Der SIG ist jedoch zu einer gesellschaftlichen und politischen Grösse geworden, die Gewicht hat und gehört wird.

Gründung. Am 27. November 1904 trafen sich in Baden 27 Vertreter von 13 jüdischen Gemeinden aus der ganzen Schweiz zur Gründungsversammlung. Mit der Verabschiedung der Statuten und der Einsetzung einer fünfköpfigen Exekutive wurde der SIG gegründet. Der Zweck des neu gegründeten Vereins war es, «die allgemeinen Interessen des Judentums in der Schweiz zu wahren und zu vertreten.» Als wichtigste Programmpunkte wurden an der Gründungsversammlung u. a. der Kampf gegen das in der Schweizer Verfassung verankerte Schächtverbot sowie die Koordination der Friedhofsfrage genannt.

Abwehr. Die ersten Jahre des SIG waren verhältnismässig ruhig. Anfangs der 1930er Jahre war es jedoch neben dem kometenhaften Aufstieg verschiedener antisemitischer Gruppierungen, die sich als «Fronten» bezeichneten, vor allem das Eindringen antisemitischer Parolen in Kreise des Mittelstandes sowie die Avancen einiger bürgerlicher Parteien gegenüber den neuen Gruppierungen, was die Jüdinnen und Juden in der Schweiz zutiefst verunsicherte. Der von den Fronten angestrebten «Degradierung der Juden zu Staatsbürgern zweiter Klasse» wollte der SIG nicht tatenlos zusehen und intensivierte zunächst seine Abwehr gegen den Antisemitismus, indem er Ende 1936 eine eigene Pressestelle (Jüdische Nachrichten, JUNA) ins Leben rief.

Zweiter Weltkrieg. Der Gemeindebund zog sich jedoch mehr und mehr aus der Öffentlichkeit zurück. Die Schoah, aber auch die asylpolitische Situation im eigenen Land erlebte der Gemeindebund in einem Zustand der Lähmung, Anspannung und Empörung zugleich. Das Versagen der offiziellen Schweiz, das Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Tragödie der europäischen Jüdinnen und Juden führten Ende 1942 innerhalb des SIG zur Einsicht, dass die bedrückenden Probleme nur durch einen vollständigen Neuanfang gelöst werden konnten.

Anerkennung. In der «Wachsamkeit gegenüber allfälligen Anfeindungen» sowie in der «Mitarbeit an allen kulturellen und sozialen Bestrebungen» bestanden die neuen und alten Aufgaben des SIG nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Wirtschaftsboom der Goldenen Fünfzigerjahre mit seiner «Laisser-faire»-Mentalität förderte die Akzeptanz des Gemeindebundes nachhaltig. Die politische Anerkennung des SIG ging mit der Etablierung des interreligiösen Dialogs zwischen Juden und Christen einher.

Neue Herausforderungen. Während sich die Beziehungen zur nichtjüdischen Umwelt normalisierten und der SIG zu neuem Selbstvertrauen fand, empfand man im Innern eine gewisse Malaise. Die Rede war von einer der jüdischen Tradition gegenüber immer gleichgültigeren Jugend, von der beunruhigenden Zunahme von Mischehen sowie von der Überalterung der Gemeinden. Ab der Mitte der 1950er Jahre waren die Gremien des SIG bemüht, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Als eine erste Reaktion intensivierte der SIG die Jugendarbeit und stellte sich mehreren Diskussionen zur Revision der Statuten, die 1981, 1992, 1994 sowie 2008 vollzogen wurden. Zentrale Diskussionen gestalteten sich um den

Zweckparagrafen des SIG sowie um die Frage der Aufnahme so genannter «liberaler Gemeinden» in den Gemeindebund.

Die wachsenden Spannungen zwischen dem World Jewish Congress (WJC) und den Schweizer Banken, die immer noch über erhebliche Gelder so genannter «erbenlosen Konten» verfügten, wurden Mitte der 1990er Jahre auch für den SIG zur Bewährungsprobe, galt es doch zwischen den Schweizer Banken, den Behörden und dem WJC eine vermittelnde Haltung einzunehmen. Die Schweiz sollte sich - auch aus der Sicht des SIG - den «Schatten der Vergangenheit» stellen. Das Land sollte jedoch fair behandelt werden. Aus diesem Grund begrüßte der Gemeindebund die Schaffung der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz - Zweiter Weltkrieg (UEK). Mit einer Solidaritätsstiftung und der Publikation des Schlussberichtes der UEK im Jahr 2001 war eine erste, intellektuelle Phase dieser Aufarbeitung der Vergangenheit abgeschlossen. Inwieweit die historischen Ergebnisse ihren Weg in die Öffentlichkeit, Politik und in die Klassenzimmer finden werden, wird die Zukunft noch zeigen. Die Kontakte des SIG mit staatlichen Stellen, kirchlichen und religiösen Institutionen sowie verschiedenen kulturellen und gesellschaftlichen Interessensgemeinschaften haben sich im Laufe seiner Geschichte gefestigt, so dass der Gemeindebund bei wichtigen Fragen das politische Geschehen aktiv mit gestalten kann.

Zsolt Keller, zsolt.keller@baden.ch

Literatur

Picard, Jacques: Die Schweiz und die Juden 1933-1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik, Zürich 1997.

Roschewski, Heinz: Auf dem Weg zu einem neuen jüdischen Selbstbewusstsein? Geschichte der Juden in der Schweiz 1945-1994, Basel/Frankfurt am Main 1994. Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG) (Hg.): Festschrift zum 50-jährigen Bestehen (1904-1954), [Basel] 1954.

Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG) (Hg.): Jüdische Lebenswelt Schweiz. 100 Jahre Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG), Zürich 2004.

Präsidenten des SIG

Hermann Guggenheim, Zürich	1904–1914
Jules Dreyfus-Brodsky, Basel	1914–1936
Saly Mayer, St. Gallen	1936–1943
Saly Braunschweig, Zürich	1943–1946
Georges Brunschvig, Bern	1946–1973
Jean Nordmann, Fribourg	1973–1980
Robert Braunschweig, Bern	1980–1988
Michael Kohn, Dr. h.c., Baden	1988–1992
Rolf Bloch, Dr., Bern	1992–2000
Alfred Donath, Prof. Dr., Genf	2000–2008
Herbert Winter, Dr., Zürich	2008–

Rechtlicher Hinweis

Dieses Factsheet darf gesamthaft oder auszugsweise mit dem Hinweis «SIG Factsheet» zitiert werden.

Stand: 01. September 2009

Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) in den Kriegsjahren 1933-1945

Der Gemeindebund repräsentierte in der Schweiz eine Minderheit, die politisch ohne Einfluss war. Wie klein sein Handlungsspielraum war, zeigte sich besonders in den Jahren ab 1933, als die Existenz aggressiver und totalitärer Regimes im benachbarten Ausland düstere Schatten auf ihn warf und sein institutionelles Leben schliesslich vollständig beherrschte. Dies galt für alle seine Aufgaben: die Flüchtlingshilfe, die Auslandshilfe, die Abwehr des Antisemitismus, den Rechtsschutz für jüdische Auslandschweizer und die Öffentlichkeitsarbeit.

Flüchtlingshilfe. Die praktizierte Solidarität mit den Zuflucht suchenden Juden bildete ab der Machtübernahme Hitlers bis zum Kriegsende das dominante Arbeitsfeld des Gemeindebunds und seines Hilfswerks, des Verbands Schweizerischer Israelitischer Armenpflegen (VSIA). Dabei entwickelte sich das Hilfswerk von einem winzigen und losen Verband ehrenamtlicher Helfer und Helferinnen zu einer grossen Organisation, die seit 1943 mehr Schützlinge betreute als das gesamte einheimische Judentum Köpfe zählte. Anfang 1945 betreute der VSJF, wie das Hilfswerk unterdessen hiess, rund 23'000 Personen, von denen er 10'000 auch materiell unterstützte. Zu dieser überragenden Leistung gehörte auch, dass es dem VSIA bis 1939 unter gewaltigen Anstrengungen gelang, trotz der Abschottungspolitik aller Staaten insgesamt 3'800 Flüchtlinge in ein Drittland zu verbringen.

Als das NS-Regime ab Juli 1938 systematisch Juden in grosser Zahl illegal über die Schweizer Grenze abschob, wurden diese von den hiesigen Behörden nur deshalb nicht zurückgewiesen, weil der SIG dagegen intervenierte und für den Unterhalt der Flüchtlinge aufzukommen versprach. Im folgenden August akzeptierte der Gemeindebund die Nötigung der Bundesbehörden, auch weiterhin die alleinige Verantwortung für die Fürsorge und die Weiterbringung der illegal Eingereisten zu tragen, da diese Flüchtlinge sonst zurückgeschickt worden wären. Diese Verpflichtung des SIG rettete Tausenden von Menschen das Leben. Sie trug aber auch entscheidend dazu bei, dass der Gemeindebund Ende 1938 ein behördliches Abstoppen der illegalen Einreisen befürwortete, weil er den Kollaps des eigenen Hilfswerks befürchtete.

Als die Schweizer Behörden im August 1942 die Grenze vor den jüdischen Zuflucht Suchenden hermetisch verschlossen, protestierte der SIG in direkten Gesprächen mit dem eidgenössischen Polizeichef Heinrich Rothmund heftig und forderte - ohne Erfolg - den Einschluss der Juden in den Begriff des asylberechtigten politischen Flüchtlings. Er unterliess dabei aber jede öffentliche Kritik an der amtlichen Politik. Ein weiterer Versuch zur Revision des Flüchtlingsbegriffs im März 1943 scheiterte ebenfalls.

Die finanzielle Verpflichtung in der Flüchtlingshilfe bildete für den Gemeindebund eine schwere Last. Sie machte Summen erforderlich, die sein reguläres Budget um ein Mehrfaches überstiegen und die dem Schweizer Judentum grosse Opfer abverlangten. Auch diese Anstrengung hätte nicht genügt, wenn nicht zusätzlich das amerikanische Hilfswerk Joint Distribution Committee (JDC) mit beträchtlichen Subventionen beigesprungen wäre.

Auslandshilfe. Belastet durch die Flüchtlingshilfe besass der SIG wenig Mittel, um den bedrängten Glaubensgenossen im Ausland beizustehen. Er konzentrierte die Hilfe deshalb vor allem auf Sendungen von Lebensmitteln, Kleidern und Medikamenten über Le Colis Suisse oder das IKRK. Die Hauptlast der Solidarität trugen dabei jüdische Privatleute und die zahlreichen kleinen jüdischen Hilfsvereine, die sich zumeist nach Osteuropa orientierten. Die grösste Aktion betraf allerdings Südfrankreich, nachdem im Oktober 1940 die badischen und

saarpfälzischen Juden dorthin deportiert worden waren. Dabei beschränkte sich der SIG auf eine organisatorische und technische Unterstützung.

International Bedeutung bei der Auslandshilfe erhielt der Gemeindebund nicht durch seine eigene Tätigkeit, sondern durch den Umstand, dass sein Präsident Saly Mayer die ehrenamtliche Vertretung des JDC in der Schweiz übernahm und ab 1942 als Drehscheibe für die Hilfe in den besetzten Gebieten fungierte: Die amerikanischen Gelder, die wegen des „Trade with the Enemy Act“ für eine Direkthilfe blockiert waren, kamen auf Konten des SIG, während der SIG im gleichen Umfang eigene Gelder im Ausland einsetzte. Auf diese Weise entwickelte sich Mayer zu einer Schlüsselfigur der Hilfe für das verfolgte europäische Judentum.

Rechtsschutz für jüdische Auslandschweizer. Jüdische Schweizer im Herrschaftsbereich der Nazis waren deren Verfolgungen ausgesetzt, etwa durch die „Arisierungen“. Sie wurden durch die Schweizer Behörden jedoch nur von Fall zu Fall geschützt. Gegen diese defensive Haltung der eigenen Regierung kämpfte der SIG mit juristischen Gutachten - als politisches Leichtgewicht allerdings mit geringem Erfolg. Besonders alarmiert wurde der Gemeindebund 1941 durch die bundesrätliche Haltung bezüglich des Ordre public in Frankreich, weil die Juden ihre eigene verfassungsmässige Gleichheit in Frage gestellt sahen. Mangels Rechtsschutz blieb dem SIG nicht viel anderes übrig als vom Schweizer Aussenministerium die rechtzeitige Heimholung seiner Landsleute zu fordern und deren Integration in der alten Heimat zu unterstützen.

Abwehr des Antisemitismus. Besorgt über die nationalsozialistische Machtübernahme in Deutschland und die Erfolge der Fröntler in der Schweiz sah der Gemeindebund in der Abwehr des Antisemitismus und in der Verteidigung der jüdischen Gleichberechtigung zunächst seine vorrangigen Aufgaben. Zu diesem Zweck rief er im Mai 1933 eine „Aktion“ ins Leben, die sich sowohl nach aussen wie nach innen richtete. Unter den externen Aktivitäten galten die Schutzsuche bei Behörden und die Anrufung von Gerichten als die bedeutendsten Strategien. Als wichtig erachtete man auch die Beobachtung von Presse und Veranstaltungen sowie die Kontaktpflege zu möglichen Fürsprechern. Das interne Programm, das als „innere Schädlingsbekämpfung“ bezeichnet wurde, propagierte die Eingliederung in die Mehrheitsgesellschaft, die Distanzierung von den Linken, die Veränderung der Berufsstruktur von einer akademisch-kaufmännischen zu einer handwerklichen, die Schliessung der eigenen Reihen sowie die Verhinderung des so genannten Geschäftsleuteantisemitismus durch Selbstdisziplin. Die „Aktion“ wurde bereits 1934 reduziert und schliesslich 1936 durch die Jüdische Nachrichtenagentur (JUNA) abgelöst.

Problematisch an der „Aktion“ war zum einen, dass man den Antisemitismus als Importprodukt erklärte. Dies ermöglichte zwar dessen Ablehnung als unschweizerisches Phänomen, verhinderte aber zugleich, dasjenige antisemitische Potential aufzuspüren und zu bekämpfen, das in der Schweizer Gesellschaft selbst und insbesondere im Überfremdungsdiskurs und in der geistigen Landesverteidigung als bürgerlich-hoffähige Variante angelegt war. Zum anderen zeigte die „innere Schädlingsbekämpfung“, in welchem Ausmass die Juden die antisemitischen Stereotype selbst verinnerlicht hatten.

Öffentlichkeitsarbeit. In den dreissiger Jahren stand die Öffentlichkeitsarbeit des SIG ganz im Zeichen der Antisemitismusabwehr. Höhepunkt waren die international beachteten Prozesse um die „Protokolle der Weisen von Zion“, die 1935 insofern einen grossen Erfolg brachten als das angerufene Gericht die weltweit verbreiteten Verschwörungsschriften als eine Fälschung disqualifizierte. Generell war von 1933 bis 1945 die öffentliche Präsenz des SIG aber von höchster Vorsicht und Zurückhaltung geprägt. Hauptsächlich aus Rücksicht auf die Neutralitätspolitik der eigenen Regierung kritisierte er gegenüber der nichtjüdischen Öffentlichkeit die NS-Verfolgung nur zweimal: in einem kurzen Pressecommuniqué im April

1933 und dann erst wieder im Juli 1944, anlässlich der Deportationen aus Ungarn nach Auschwitz. Zur Flüchtlingspolitik der eigenen Behörden äusserte er sich nie.

Der Gemeindebund verfügte mit der 1936 ins Leben gerufenen JUNA über ein geeignetes Instrument zur Pressearbeit, insbesondere nachdem Ende 1938 Benjamin Sagalowitz die Leitung des kleinen Büros übernommen hatte. Der Journalist musste sich jedoch wegen der defensiven Öffentlichkeitsstrategie des SIG hauptsächlich auf die Auswertung anderer Publikationen und das Erstellen von Bulletins beschränken, in denen er zwar mit geschickt zitierten Artikeln die Zensur unterlief, aber nie eine eigene Position darstellen konnte. Diese Situation führte bereits im Mai 1941 zum Konflikt, als Sagalowitz der SIG-Führung die fehlende Kooperation mit der JUNA, ihre Beschränkung auf eine vertrauliche Zusammenarbeit mit den Behörden und das permanente öffentliche Schweigen vorwarf. Im folgenden Jahr erwies sich das Schweigen des SIG zur amtlichen Rückweisungspolitik schliesslich als eine der Hauptursachen für die Krise, die zu Saly Mayers Rücktritt als Präsident führte. Dies bewegte seinen Nachfolger Saly Braunschweig jedoch nicht dazu, die Strategie des Niedrigprofils aufzugeben.

Stefan Mächler, st.maechler@freesuf.ch

Literatur

Mächler, Stefan: Hilfe und Ohnmacht. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund und die nationalsozialistische Verfolgung 1933-1945. Chronos, Zürich 2005.

Picard, Jacques: Die Schweiz und die Juden 1933-1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik. Chronos, Zürich 1994.

Rechtlicher Hinweis

Dieses Factsheet darf gesamthaft oder auszugsweise mit dem Hinweis «SIG Factsheet» zitiert werden.

Stand: 18. Januar 2010

Der Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen/Flüchtlingshilfen (VSJF)

Jüdisches Gemeindeleben und innerjüdische Solidarität waren seit jeher eng miteinander verbunden. In erster Linie galt die Hilfe Durchreisenden, Armen und Kranken. Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die jüdische Armenfürsorge in der Schweiz lokal organisiert. Diese Situation änderte sich an der Jahrhundertwende, als die zunehmende Migration von Jüdinnen und Juden aus Osteuropa nach Westeuropa und nach Übersee als Folge von Antisemitismus und wirtschaftlicher Not sich auch in der Schweiz bemerkbar machte.

Anfänge. Das erste Reglement eines «Verbandes Schweizerischer Israelitischer Armenpflegen» (VSIA) datiert vom Mai 1908. Der VSIA war als loser Verbund der jeweiligen Armenpflegen der einzelnen jüdischen Gemeinden gedacht. Seine Hauptarbeit lag in der Unterstützung ausländischer, mittelloser Jüdinnen und Juden. Insbesondere zur Verhinderung von Missbräuchen wollte man eine «Centralstelle» schaffen, die Angaben zu den Unterstützungsempfängern sammeln und verwalten sollte.

Die Jahre des Ersten Weltkriegs stellten für die jüdische Armenfürsorge (noch) keine Zäsur dar. Die Arbeit der vage zentralisierten jüdischen Armenfürsorge entfaltete bis in die Mitte der 1920er Jahre keine grosse Wirkung. Erst die Ängste vor einer «Überflutung» durch Emigranten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs führten zu einer eigentlichen Neugründung und Stärkung der Befugnisse des Verbandes.

Zu Beginn der 1930er Jahre kümmerte sich der VSIA um Mittellose, Durchreisende sowie Lungenkranke in Davos. Optimistisch konnten die Verantwortlichen jedoch feststellen, dass sich die sozialen Probleme in der Schweiz in den meisten Fällen von selbst – also ohne die Hilfe und Koordination einer zentralisierten Armenfürsorge – lösten.

Finanzieller und organisatorischer Druck. Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler trübte diese optimistische Einschätzung und machte alle Hoffnungen zunichte. Bereits im Frühling 1933 kamen Tausende deutscher Jüdinnen und Juden in die Schweiz. Unter der Schirmherrschaft des SIG wurde im April 1933 ein «Centralcomité für Flüchtlingshilfe» gegründet, das mit lokalen Ablegern in den grösseren Städten der Schweiz vertreten war. Der VSIA wurde so zur zentralen Flüchtlingsorganisation der jüdischen Gemeinden in der Schweiz. In den kommenden Jahren nahm der finanzielle und organisatorische Druck auf den VSIA kontinuierlich zu. Da sich die Eidgenossenschaft bis 1940 weitgehend weigerte, für die Betreuung von Flüchtlingen aufzukommen, war die Akquirierung finanzieller Mittel einer der grössten Sorgen der jüdischen Flüchtlingshilfe. Die Aufnahme von Flüchtlingen machten die Behörden in den meisten Fällen von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln der jüdischen Schweiz abhängig, so dass der VSIA und mit ihm zusammen der SIG immer wieder vor schwere Zerreihsproben gestellt waren. Es galt, sich im Spannungsfeld zwischen einer Kooperation mit den Behörden, materiellen Anforderungen und moralischer Verantwortung zu positionieren. Mit dem Kriegsausbruch fielen die wenigen noch verbleibenden Chancen zur Weiterwanderung von Flüchtlingen – eine von den Behörden gestellte Forderung zur Einreise – weg. Vielerorts wurden zudem Stimmen laut, die verkündeten: «Das Boot ist voll.» Der Druck auf die jüdischen Organisationen in der Schweiz stieg.

Ab Mitte 1943 zeichnete sich eine Wende im Kriegsverlauf zugunsten der Alliierten ab, und die jüdische Flüchtlingshilfe konnte ihre Arbeit in eine hoffnungsvollere Perspektive stellen. Im selben Jahr erfolgte eine Restrukturierung und eine Umbenennung in «Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen/Flüchtlingshilfen (VSJF)». Es entstanden zwei personell identische Verbände: VSJF (Fürsorgen) und VSJF (Flüchtlingshilfen). Im Frühsommer 1944

wurde die jüdische Flüchtlingshilfe mit der Tragödie der ungarischen Juden konfrontiert. Das Ausmass der Schoah wurde im Schicksal der Deportierten offenbar. Aufgrund von verschiedenen Rettungsaktionen gelangten Überlebende aus den Konzentrations- und Todeslagern der Nazis in die Schweiz, derer sich der VSJF annahm. Die restriktive Aufnahmepolitik der Behörden – die antisemitisch geprägte Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der Vorkriegszeit wurde in der Schweiz auch nach der Schoah fortgesetzt – verhinderte jedoch eine dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen in der Schweiz. So musste sich der VSJF auch in den Nachkriegsjahren in Zusammenarbeit mit amerikanisch-jüdischen Organisationen vorwiegend um die Organisation der Weiterwanderung kümmern. Ein Teil der betagten Dauerasylberechtigten konnten seit Ende der 1940er Jahre im vom VSJF betriebenen Heim «Les Berges du Léman» in Vevey untergebracht werden.

Restitution. Neben der materiellen und administrativen Unterstützung wurde in den 1950er Jahren auch die Frage nach der Restitution geraubter und verschollener jüdischer Vermögenswerte aktuell. Zudem engagierte sich die jüdische Flüchtlingshilfe für die Einforderung von Rentenansprüchen ehemals deutscher Jüdinnen und Juden in der Schweiz. Der VSJF stand seinen Betreuten (in den Akten meist «Schützlinge» genannt) mit spezialisierten Juristen zur Seite.

Weiterarbeit. Die Arbeit des VSJF ging auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weiter. Das Verhältnis zu den Behörden begann sich Ende der 1950er Jahre zusehends zu entspannen. Die Zusammenarbeit zwischen der jüdischen Flüchtlingshilfe und den Behörden gestaltete sich zunehmend konstruktiv. Hintergrund dieser Neuausrichtung war eine (Rück-) Besinnung auf die humanitäre und neutrale Tradition der Schweiz, die sich nun vermehrt der Anliegen von Flüchtlingen annahm. Ein Ausdruck dieses Wandels manifestierte sich in der Aufnahme von so genannten Ungarn-Flüchtlingen nach der Niederschlagung des Aufstandes von 1956 deutlich.

Während Jahrzehnten war der VSJF eine Abteilung des SIG. Heute ist er ein eigenständiger Verein und gleichzeitig das Sozialressort des SIG. Der/die Präsident/in des VSJF ist auch Mitglied in der Geschäftsleitung des SIG.

Präsidenten des VSJF:

Erwin Hüttner, 19[?]-1938
Sylvain S. Guggenheim 1938-1944
Pierre Bigar, 1944-1946
Otto H. Heim, 1947-1968
Dipl. Ing. J. Zucker, 1969-1974
Dr. Walter Werschner, 1975-1976
Armand Dreyfus, 1977-1983
Dr. Myrthe Dreyfuss, 1984-1995
Doris Krauthammer, 1996-2008
Gabrielle Rosenstein, 2008-

Zsolt Keller, zsolt.keller@baden.ch

Literatur

Picard, Jacques: Die Schweiz und die Juden 1933-1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik, Zürich 1997.
Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG) (Hg.): Jüdische Lebenswelt Schweiz. 100 Jahre Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG), Zürich 2004.

Rechtlicher Hinweis

Dieses Factsheet darf gesamthaft oder auszugsweise mit dem Hinweis «SIG Factsheet» zitiert werden.